

FLASCHENPOST NEWSLETTER

Ahoi!

Willkommen zum 28. Newsletter der Piratenpartei. In dieser Ausgabe gibt es wieder aktuelle Neuigkeiten rund um alles was Piraten interessiert.

*Und nicht vergessen: An diesem Sonntag ist die Wahl in Berlin! Ihr könnt die Berliner jetzt noch per SMS unterstützen: **schickt einfach eine SMS mit dem Wort PIRATEN an die Kurzwahlnummer 81190 schickt. Jede SMS wird mit 5,-€ (zzgl. normaler SMS-Gebühr) berechnet.***

*Wir hören und lesen uns!
Eure Flaschenpost-Redaktion*

Inhalt

EU-Parlament stärkt Grenzschutzagentur Frontex.....	1
Piratorama begleitet Piraten auf dem Weg ins Abgeordnetenhaus.....	2
Piraten punkten in Niedersachsen.....	3
Update zu dem Briefwahl-Debakel in Niedersachsen.....	4
Die FDP hat als Marke derzeit generell verschissen.....	6
Fla(ttr)schenpost – August.....	8
Nein zur Verschärfung des Urheberrechts.....	9

Internationales

EU-Parlament stärkt Grenzschutzagentur Frontex

Daniel Ebbert, 15. September 2011

Das Europäische Parlament hat am 13. September 2011 das Mandat für die EU-Grenzschutzagentur Frontex ausgeweitet. Frontex wird nach Inkrafttreten dieser Ausweitung weitergehende Rechte und Pflichten haben. So kann die Agentur nun selbstständig mit den Herkunftsstaaten von Flüchtlingen über deren Abschiebung verhandeln. Dafür soll ein Verhaltenskodex entwickelt werden, damit die Menschen- bzw. Grundrechte bei diesen Verhandlungen geachtet werden und Flüchtlinge nicht in ein Land abgeschoben werden, in dem deren Freiheit oder deren Leben bedroht sein könnten.

Weiterhin soll dieser Verhaltenskodex zur Wahrung der Grundrechte auch bei den Einsätzen von Frontex gelten, sodass die Grundrechte auch dort gewahrt werden. Allerdings hat das Europäische Parlament Bestimmungen eingebracht, die sicherstellen

<http://flaschenpost.piratenpartei.de/>

sollen, dass die Grundrechte bei allen Frontex-Einsätzen gewahrt bleiben. Zudem wurde beschlossen, dass ein Grundrechtsbeauftragter eingesetzt wird und dass den leitenden Organen von Frontex ein Konsultationsforum für Grundrechtsfragen zur Seite stehen soll. Diesem Konsultationsforum sollen unter anderem die Europäische Unterstützungsagentur für Asylangelegenheiten, die Grundrechte-Agentur und der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge angehören.

Gleichzeitig soll die Agentur durch den künftig selbstständigen Ausrüstungserwerb bzw. Leasing effizienter werden. Sie ist damit nicht mehr von den Zuweisungen der Mitgliedsstaaten abhängig. Jedoch verpflichten sich die Mitgliedsstaaten in einem jährlich vereinbartem Umfang Personal und Ausrüstung bereit zu stellen. Auch sollen die Europäischen Grenzkontrollteams durch die Zusammenführung der bisherigen Unterstützungsteams und den Soforteinsatzteams effektiver arbeiten, sodass diese von der Öffentlichkeit besser bemerkt werden.

Piratenpartei

Piratorama begleitet Piraten auf dem Weg ins Abgeordnetenhaus

Max Kieker, 15. September 2011



Logo: Piratorama.de

Pünktlich zum 5. Geburtstag der Piratenpartei und der Freiheit statt Angst-Großdemonstration am vergangenen Samstag, begann auch die Ausstrahlung des Web TV Formats Piratorama. Es wurde von Berliner Anhängern der Piratenpartei gegründet und will laut eigener Aussage die Politik der Piraten kritisch betrachten. Dies geschieht unter dem Motto international – investigative – independent.

Die Ausstrahlung des Programms begann übrigens direkt mit einem Live Bericht über die Freiheit statt Angst und ist seitdem 24 Stunden am Tag live on Air. Das wird auch bis zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses am kommenden Sonntag so bleiben, wobei das Programm sich mit einem echten Highlight, nämlich mit einem Livestream der Berliner Wahlparty, verabschieden wird.

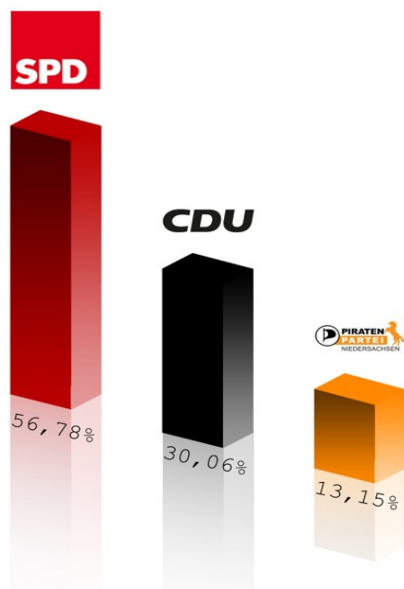
Bis dahin habt ihr aber noch eine ganze Menge Zeit um bei Piratorama reinzuschauen, sich das abwechslungsreiche Programm von piratorama anzusehen und den Wahlkampfendspurt der Berliner Piraten live mitzuerleben: Egal ob Nachrichten aus dem Studio oder Interviews zu verschiedensten Themen, zum Beispiel Internetsensur oder 9/11, das Piratorama bietet alles was das Piratenherz begehrt. Dabei werden auch Stargäste wie Julia Seeliger interviewt. Des Weiteren will Piratorama auch prominente Mitglieder anderer Parteien wie Christoph Meyer (FDP) über ihre Ansichten interviewen – in seinem Fall haben sie Termine angefragt, aber noch keine Antwort erhalten. Außerdem begleitet Piratorama mit mobilen Kamerateams den Berliner Straßenwahlkampf, so das man auch vor seinem PC in Köln oder München eine Ahnung von der Stimmung in Berlin bekommt.

Ob das Piratorama mit dem ganz großen Knaller nämlich dem Einzug ins Abgeordnetenhaus endet, ist bis jetzt allerdings noch ungewiss.

Piratenwelt

Piraten punkten in Niedersachsen

Michael Renner, 15. September 2011



Wahlergebniss Klein Ilsede 11.09.2011 | Grafik CC-BY Tobias M. Eckrich

Letzten Sonntag fanden in Niedersachsen Kreis- und Kommunalwahlen statt. Die Ergebnisse wurden erst im Lauf der Nacht veröffentlicht, das öffentliche Interesse hielt sich ohnehin in Grenzen. Die Auszählung ergab wenig überraschendes: die eine Volkspartei gewann Stimmen hinzu, die andere verlor Wähler. Die Kandidaten der FDP, auch das keine Überraschung, wurden stellvertretend für die Berliner Politik abgestraft. Beim Thema Umwelt vertrauten deutliche mehr Wähler dem Original "Grüne" als das noch bei der Wahl 2006 der Fall war.

Die Piraten, das ist neu aber nicht überraschend, konnten diesen Sonntag viele Wähler überzeugen. Piraten traten zwar nur in 21 Wahlkreisen an, holten dort aber 56 Mandate. Die Sitze wurden sowohl in ländlichen Gebieten als auch in den Städten gewonnen. In Delmenhorst (4.7%), Wolfenbüttel (3.5% für den Stadtrat), Braunschweig (3.9%), Hildesheim (2.9% für den Stadtrat), Peine (2.1% für den Stadtrat) und Wolfsburg (4.7% für den piratigen Oberbürgerkandidaten) konnte sogar die FDP und DIE LINKE überholt werden. In der Landeshauptstadt Hannover lagen die PIRATEN bei 3.5 %. In Diedersen entschied sich

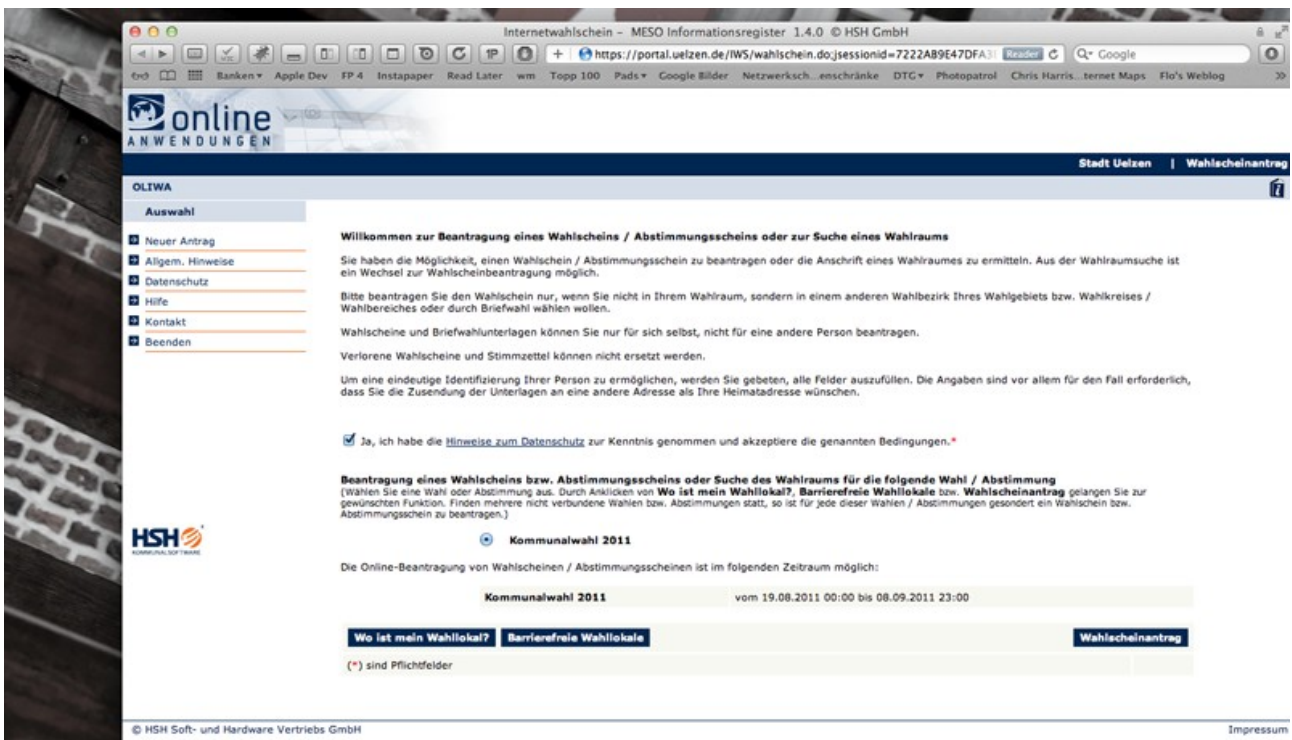
<http://flaschenpost.piratenpartei.de/>

jeder 6. Wähler für die Piraten: 16.92%. Bei der Ortsratswahl Klein Ilsede im Kreis Peine wurden die Piraten mit 13.15% drittstärkste Partei! Die geenterten Sitze sind nur durch den persönlichen Einsatz der einzelnen Kandidaten und das ausgefeiltere Parteiprogramm erklärbar. Damit legen die Piraten in Niedersachsen die Messlatte für die Berliner Abgeordnetenhauswahl hoch.

Piratenwelt

Update zu dem Briefwahl-Debakel in Niedersachsen

Patrick Ratzmann, 10. September 2011



Screenshot: portal.uelzen.de | Tobias M. Eckrich

Die Flaschenpost berichtet ja bereits über die Missbrauchsmöglichkeiten der Briefwahl in Niedersachsen. Zu diesem Thema möchten wir nun ein kleines Update zur Verfügung stellen. Die Informationen sind chronologisch von Julien Jassmann zur Verfügung gestellt worden:

- Am Mittwoch vor der Pressemitteilung kamen die Unterlagen bei Jens-Wolfhard Schicke-Uffmann an

- Am darauf folgenden Montag um ca. 9 Uhr wurde der Wahlleiter informiert. Die Piraten wiesen dabei darauf hin, dass die damit verbundenen Missbrauchsmöglichkeiten unbedingt veröffentlicht und auf diese Lücke hingewiesen werden müsste.
- Am Dienstag gegen 11 Uhr wurde die erste Pressemitteilung veröffentlicht.
- Am Donnerstag erhielt Julien Jassmann dann ein Schreiben der Stadt Braunschweig, indem er informiert wurde, dass seine Briefwahlunterlagen beantragt wurden. Poststempel war allerdings 1 Tag nach der Pressemitteilung der Piraten.

„Die Frage ist also, ob ich überhaupt was bekommen hätte, wenn wir nicht darauf aufmerksam gemacht hätten. Denn bereits eine Woche zuvor sind die Unterlagen bei Jens-Wolfhard Schicke-Uffmann eingetroffen. Er hätte also in der Zeit per Briefwahl wählen können. Außerdem wies man uns darauf hin, dass allein der Versuch des Wahlbetruges ein Verstoß gegen geltendes Recht darstellt und man rechtliche Schritte gegen uns prüfe“, berichtet Julien Jassman.

Die Stadt Braunschweig wollte sich auf telefonische Anfrage der Flaschenpost nicht zu diesem Vorfall äußern. Man wurde darauf hingewiesen, dass die Stadt Braunschweig nicht bereit wäre Stimmungsmache zu unterstützen. Deshalb gäbe es zu diesem Vorfall keinerlei Auskunft und verweist auf die bereits veröffentlichte Pressemitteilung.

Darin heißt es:

[...] Entscheidend ist aber: Sollen die Unterlagen an eine andere Adresse geschickt werden, wird nach dem sogenannten Berliner Verfahren ein Hinweisschreiben an die Meldeadresse geschickt. Wird in fremdem Namen Briefwahl beantragt, bleibt das dem Betroffenen also nicht unentdeckt und er kann beim Wahlamt einschreiten.“ Es seien seit der Einführung der „elektronischen Beantragung“ zur Bundestagswahl 2002 keine Missbrauchsfälle bekannt geworden. [...]

Dieter Otten von der Stiftung Internetforschung und Sozialwissenschaftler gab der Piratenpartei grundsätzlich Recht. Das Phänomen sei nicht neu, auch gab es derartige Vorfälle des Wahlbetrugs seinen Angaben nach schon. Er widerspricht damit den getätigten Aussagen der Stadt Braunschweig, sieht aber wenig Verbesserungsspielraum: „Das Problem können Sie nicht lösen, es sei denn, Sie schaffen die Briefwahl ab“, sagte Otten in der Osnabrücker Zeitung.

Die von den Piraten als Lösung vorgeschlagene verbindliche Angabe von Wählerverzeichnis-Nummern bei Beantragung der Briefwahl lehnt die Stadt Braunschweig kategorisch ab: „Dies sei vom Gesetzgeber nicht vorgeschrieben. Wer Briefwahl beantrage, habe oft diese Daten nicht zur Hand, weil er sich etwa gerade im Urlaub befinde.“ heißt es dazu in der Pressemitteilung. Beamtenfilz und Mißbrauchspotential gehen in Braunschweig also auch weiterhin Hand in Hand.

Piratenwelt

Die FDP hat als Marke derzeit generell verschissen

Michael Renner, 11. September 2011

Die Aussage "als Marke habe die FDP momentan generell verschissen" stammt nicht etwa von einem schadenfreudigen Piraten in Berlin, sondern von FDP-Vorstandsmitglied Wolfgang Kubicki. Seine Beobachtung lässt einige Schlüsse über den Zustand der Liberalen zu. Denn erstens signalisiert das Wort *Marke* die Überzeugung, dass es es quasi nur ein Akzeptanzproblem ist, mit dem die FDP sich *derzeit* quält. Doch zweitens, und das ist die eigentliche Erkenntnis, versteht sich die FDP anscheinend als Produkt, als Dienstleister, als Ware, deren Kunden – pardon, deren Wähler – dem *Qualitätsversprechen* FDP nicht mehr glauben und sich der FDP verweigern bzw. bei der Konkurrenz umtun. Doch Kubicki irrt: eine Partei ist keine Marke, das Rühren der Werbetrommel wird der FDP kein besseres Image verpassen. Und auch wenn die Politik der Globalisierung unterworfen ist, sind die Parteien das nicht; das D in nahezu allen Parteienamen macht diesen Umstand deutlich. Aber nichteinmal aus der marktgläubigen FDP wurden Forderungen nach einer Öffnung des abgegrenzten Parteienmarktes bekannt. Die Tatsache, dass *die Grünen* und die *Piraten* das D nicht im Namen tragen sagt ebenfalls etwas über politisches Selbstverständnis aus. Ein Selbstverständnis, das nicht alleine auf nationale Interessen beschränkt ist, sondern das grosse Ganze im Blick hat. Für die Grünen war dieser transnationale Kondensationskern die Umwelt, für uns Piraten war es das Internet.

Im Bundeswahlkampf 2009 erweckte der damalige Vorsitzende Guido Westerwelle noch den Eindruck eines Superman 2.0. Doch sprang er als Tiger und landete als Bettvorleger. In nichtmal einem Jahr stufte er das Ansehen des Außenministeriums auf Ramschniveau herunter. Statt einen überstrapazierten Begriff aus der Finanzwelt zu nutzen lässt es sich auch umgangssprachlich ausdrücken: ein Politclown hat deutsche Außenpolitik in die Bedeutungslosigkeit geführt!

Dass Schwarz-Gelb gelegentlich als Wespenkoalition bezeichnet wird kommt nicht von ungefähr. Schnell entstand der Eindruck, die FDP betreibe eiskalte Klientelpolitik. Im Inland wurden die Interessen der Hoteliers und Erben berücksichtigt, im Ausland machte Entwicklungshilfeminister Niebel klar, dass deutsche Entwicklungshilfegelder nur fließen, wenn davon deutsche Produkte gekauft werden. Die CDU setzte wie schon seit Jahren auf die Entsolidarisierung und Neiddebatten. Dabei ignoriert Frau Dr. Merkel, dass sich die Deutschen als Solidargemeinschaft fühlen. Eine diffuse Erinnerung an zwei Weltkriege, in denen die Bevölkerung von den jeweiligen Regierungen nach Strich und Faden belogen und betrogen wurde. Und während das Volk jeweils darbt und hungerte, lebten Regierungsmitglieder, Militärs, der Adel bzw. Industrielle recht angenehm. Diese Ungerechtigkeit ist mindestens so verinnerlicht wie die Angst vor der Inflation. Noch heute

kommt keine Partei an diesem Gerechtigkeitsverlangen vorbei. Versucht sie es dennoch, wird sie scheitern. Die FDP wollte es wissen – und hat sich damit selbst abgeschafft. Die CDU ist gerade dabei selbst bei denen, die die christlichen Werte noch hochhalten, den letzten Stammwählerbonus zu verspielen. Und auch die SPD, die verbleibende D-Partei, ist auf dem Weg jedes Restvertrauen zu verspielen. Denn die Bürger haben nicht vergessen, dass die SPD zwar Solidarität predigt, im Bürger aber nur Stimmvieh sieht, das ansonsten stört. Suspekt ist vielen ihre Politik, die gegenüber Unternehmen auf einen Ehrenkodex setzt statt per Gesetz rote Linien zu ziehen. So viel Vertrauen wird der Bevölkerung nicht entgegen gebracht: SPD-Politiker unterstellen jedem Bürger das schlimmste aller anzunehmende Vergehen, weswegen Daten auf Vorrat gespeichert werden und jeder Provider eine Abhörschnittstelle bereit stellen muss. Dank der SPD werden für den Personalausweis Fingerabdrücke genommen. Unisono sehen alle D-Parteien in der Anonymität des Internets mehr Gefahr als Chance. Die Steuer-Identifikationsnummer, das inzwischen gekippte ELENA, der automatisierte Kfz-Kennzeichenabgleich in vielen Bundesländern, die Online-Durchsuchung sowie der Aufbau der Gendatenbank lässt Aussagen darüber zu, was die Regierenden den Regierten zutrauen.

Was bedeutet das für uns Piraten? Wir werden kurzfristig in die Riege der vertrauenswürdigen Parteien aufsteigen, während andere Parteien an Bedeutung verlieren. Wir gewinnen dieses Vertrauen, jedoch nicht weil wir so integer und frei von Fehlern sind, sondern weil wir bisher nicht in die Verlegenheit kamen politische Fehler zu begehen. Ob wir diese Positionen dann halten werden, hängt davon ab, wie wir in der Verantwortung agieren.

Wir müssen lernen unsere Schwarz-Weiss-Malerei von der anderen Seite aufzugeben und ein differenziertes Weltbild zu entwickeln. Wir müssen dies tun um den Platz zu füllen, den die FDP hinterliess – damit nicht andere Parteien dies tun. Denn professionalisieren wir uns nicht, wird die Politik der Zukunft von *großen Koalitionen* geprägt. Das kann, farblich gesprochen, beliebig bunt werden, nimmt der Opposition aber jede Chance darauf wahrgenommen zu werden oder Einfluss auszuüben. Wir müssen preussische Disziplin lernen, fleißig und ehrlich sein. Und wir müssen lernen in öffentlichen Diskussionen gegen druckreife Äußerungen aus anderen Parteien zu bestehen. Wir müssen mit Optimismus in die Zukunft blickend. Wir müssen gestalten, nicht reagieren. Wir müssen mit viel Spaß Politik betreiben, natürlich ohne den Politikbetrieb der Lächerlichkeit preis zu geben. Wir müssen Politik machen, die mindestens so authentisch wie ein Gemälde von Gabriele Münter rüber kommt. Und vor allem dürfen wir die Bürger nicht wie Kunden behandeln, denen wir ein Produkt aufschwätzen wollen. Sondern als Partner in einem Gestaltungsprozess.

Piratenwelt

Fla(ttr)schenpost – August

Thomas Herzog, 13. September 2011

Die Einnahmen für den Monat Juli stehen fest. Insgesamt wurden 19 verschiedene Dinge von 35 Leuten geflattrt und kommen somit auf €31,47 Gesamteinnahmen. Folgende Tabelle veranschaulicht die Einnahmen:

Sache:	Klicks:	Einnahmen:
<u>Flaschenpost – Das Nachrichtenmagazin der Piratenpartei</u>	9	€7,73
<u>Soziale Kompetenz bei den Piraten</u>	6	€5,94
<u>Mir fehlt die UdSSR, und auch die DDR!</u>	3	€4,17
<u>Anonyme Panzerknacker</u>	2	€3,53
<u>Warum die Flaschenpost schreibt, was sie schreibt</u>	5	€2,99
<u>Fla(ttr)schenpost – Juli</u>	4	€2,70
<u>Innenminister Friedrich vs. Verteidiger der Verfassung</u>	1	€2,67
<u>Nach dem Datenschutz</u>	4	€1,47
<u>SPD-Hinterbänklerin gegen Abgeordnetenwatch</u>	2	€1,17
<u>Euro-Bonds: Einung Europas durch Entmachtung der Finanzminister?</u>	1	€1,00
<u>Ziert euch nicht! – BKA Chef Ziercke spricht sich für umfassende Vorratsdatenspeicherung aus</u>	1	€0,43
<u>Flaschenpost on Flattr</u>	2	€0,22
<u>An die Verteidiger des freien Internets</u>	1	€0,20
<u>Die polizeiliche Datenbankgesellschaft</u>	1	€0,13
<u>Tschechische Piratenpartei veröffentlicht Linkportal</u>	1	€0,13
<u>Absage an die GEZ</u>	1	€0,13
<u>Lachend in den Überwachungsstaat</u>	1	€0,13
<u>Piratenpartei Russland bleibt Namenlos</u>	1	€0,13
<u>Noch mehr Irrsinn bei der GEZ</u>	1	€0,13
Flattr Gebühr von 10 %		- €3,50
Gesamtsumme: 19 Artikel geflattrt von 35 Leuten:		€31,47

Das Team der Flaschenpost dankt jedem Einzelnen von Euch. Übrigens, heute schon geflatrt? ;-)

Piratenwelt

Nein zur Verschärfung des Urheberrechts

Redaktion, 9. September 2011



Zu altes Urheberrecht? | CC-BY Tobias M. Eckrich

Mehr und mehr Menschen fordern, das Kopieren von Wissen und Kultur für private Zwecke zu erlauben oder zumindest straffrei zu stellen. Hier gibt es massiven Widerstand von Seiten der Verwertungsindustrie, die nach immer härteren Strafen ruft und immer mehr Überwachung fordert, um ihre vermeintlichen Rechte durchzusetzen. Vorratsdatenspeicherung und Three-Strikes-Modelle sollen dabei helfen, darbenenden Künstlern das Überleben zu sichern.

Ein Höhepunkt war hier ein Brief an Frau Merkel, den bekanntermaßen am Hungertuch nagende Menschen wie Grönemeyer, Mittermeier, Atze Schröder (der unter anderem Wikipedia bereits verklagte, weil dort sein Realname veröffentlicht wurde...) und viele andere unterzeichneten. Kurz zusammengefasst: Ohne staatliche Protektion wird Deutschland kulturell verarmen. Und in 20 Jahren wird immer noch die gleiche Musik wie heute laufen, da niemand mehr Musik erstellen wird.

Es sah so aus, als würde die Kampagne zumindest teilweise Erfolg haben: Am 16.7.2008 hatte die EU-Kommission beschlossen, den Schutz von Tonaufnahmen von 50 auf 95 (!) Jahre zu verlängern. Die Begründung dafür mutet reichlich abenteuerlich an: "Eine 95-jährige Schutzdauer würde verhindern, dass ausübende Künstler, die im Alter von 20 Jahren Platten aufgenommen haben, bei Erreichen ihres 70. Lebensjahres einem plötzlichen Einkommensausfall gegenüberstehen." Wie man bei einer 50-jährigen Vorlaufzeit von einem plötzlichen Verdienstaustausfall sprechen kann ist mehr als rätselhaft. Weiterhin steht es ja jedem Künstler frei, in diesen 50 Jahren auch weiterhin zu arbeiten, wie es die Mehrheit der Erwerbstätigen auch tut.

Aufgrund heftigen Widerstands wurde als Kompromiss die Verlängerung auf 70 Jahre ausgehandelt. Allerdings wurde auch dieser von einer Sperrminorität im Europarat

blockiert, die nun aber zu bröckeln beginnt. Im Schnellverfahren wurde der Punkt auf die Tagesordnung der COREPER-Sitzung am 7.9. gesetzt – und dort erwartungsgemäß abgenickt. Was dort entschieden wird, wird üblicherweise von den Ministern selber später einfach übernommen diese Entscheidung wird am 12.9. fallen. Immerhin gab es noch eine kosmetische Änderung: Künstler, die ihre Rechte verkauft haben, sollen ab dem 50. Jahr 20 Prozent der Einnahmen aus dem Verkauf der Tonträger erhalten.

Ob wirklich die Allgemeinheit von einer Verlängerung dieses künstlichen Monopols profitiert ist fraglich. Das Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht kommt jedenfalls zu der Erkenntnis, dass eine Verlängerung den Künstlern “wenn überhaupt marginale Vorteile bringen. Tatsächlich erkennt auch die Kommission zutreffend, dass das Problem ausübender Künstler primär in ihrer fehlenden Verhandlungsmacht den Tonträgerherstellern gegenüber liegt.”

Weiter heißt es “Mit der stattdessen vorgeschlagenen Schutzfristenverlängerung bleiben alle Unzulänglichkeiten des heutigen Systems unberührt. Dabei lehnen sich die vorgeschlagenen 95 Jahre blindlings an das – allerdings falsch verstandene, mit dem europäischen Recht so auch nicht vergleichbare – US-amerikanische Copyright System an. Ignoriert wird damit, dass der weit überwiegende Anteil der vorgeschlagenen Schutzfrist ohnehin nicht mehr dazu dienen könnte, die wirtschaftliche Situation lebender Künstler zu verbessern. Wenn überhaupt, profitierten also lediglich die Tonträgerhersteller davon – oder Erben der Künstler, wobei deren Schutz nicht das Anliegen der Kommission zu sein scheint; jedenfalls finden sie nirgends Erwähnung.”

Es lohnt sich, die Stellungnahme vollständig zu lesen. Es wird dort detailliert auf die Argumente der EU-Kommission eingegangen und so ziemlich jedes widerlegt. So wundert es auch nicht, dass das erste Ergebnis besagt: “Die vorstehende Analyse des Vorschlags der Kommission zeigt, dass die Schutzfristverlängerung unter keinem Gesichtspunkt zu rechtfertigen ist. Sie begünstigte die vorgeschobenen ausübenden Künstler – wenn überhaupt – nur marginal; den weitaus größten Anteil aus der Schutzfristverlängerung würden sie gar nicht mehr erleben.” Weiter heisst es, dass von einer Schutzfristverlängerung vor allem die Tonträgerindustrie profitieren würde, dieser gewährte Nutzen aber nicht zu rechtfertigen sei, da entsprechende Investitionen schon lange amortisiert seien. Die volkswirtschaftlichen Mehrkosten würden dies ebenfalls nicht rechtfertigen.

Ganz abgesehen davon stellt sich die Frage, ob es notwendig ist, die Musikindustrie mit einer Rechteverlängerung zu subventionieren in der Hoffnung, dass sie dann der Allgemeinheit mehr Nachwuchskünstler präsentieren wird. Die Produktionskosten für Musik sind in den letzten Jahrzehnten enorm gefallen, so dass auch unbekannte Bands qualitativ hochwertige Aufnahmen ihrer kreativen Werke anfertigen können. Über das Internet können sie diese dann einem weltweiten Publikum zugänglich machen. Das Creative Commons-Portal Jamendo listet alleine 50.867 Alben auf, die von den Künstler kostenlos bezogen werden können. Bei einer angenommenen durchschnittlichen Länge von 30 Minuten pro Album, ergibt dies 25.433,5 Stunden Musik. Umgerechnet entspricht

<http://flaschenpost.piratenpartei.de/>

dies über 23 Jahren Spieldauer, sofern man als Hörer jeden Tag acht Stunden Zeit investiert.

Natürlich wird nicht jede Minute dieser 23 Jahre ein Genuss sein, denn die Bandbreite sowohl in stilistischer als auch in qualitativer Hinsicht ist ausgesprochen breit. Glücklicherweise gibt es aber noch zahllose andere Quellen im Internet, die den geneigten Hörer mit Musik versorgen und dabei eine Vorselektion vornehmen; die Rede ist hierbei von Netlabels. Viele von ihnen haben sich auf einzelne Genres spezialisiert und bieten ihren Besuchern den gesamten Katalog zum Download an. Andere wie Magnatune haben verschiedene Genres im Katalog, erlauben nur das kostenlose Streamen und bieten dafür Abomodelle und den Kauf einzelner Alben an. Das Free Music Archive bietet von verschiedenen Kuratoren ausgesuchte freie Musikwerke an. Die Darkerradio Free Music Charts stellen zusammen mit Hörern einmal im Monat eine Auswahl Creative Commons-Musiktitel bereit – und zwar nicht nur von der “dunklen Seite” der Musik. Und dies sind nur einige wenige Angebote aus den Weiten des Internets.

Es steht ohne Zweifel fest, dass die überwältigende Mehrheit dieser Kreativen niemals nennenswerte Beträge für ihre Werke erhalten wird, denn das Angebot ist schlicht und ergreifend viel zu groß. Darin unterscheiden sie sich aber auch nicht von Künstlern, die “klassische” Verträge mit Labels eingehen. Aber Creative Commons-Künstler jammern nicht rum und fordern vom Staat, er möge ihnen funktionierende Geschäftsmodelle schaffen und schützen. Sie bewegen sich innerhalb der vom Urheberrecht bereits heute geschützten Räume und versuchen Fans zu finden und zu binden. Einigen gelingt dies, wie z.B. dem sozial sehr engagierten Gitarristen und Sänger David Rovics. Um von seiner Musik leben zu können, tourt er mehrmals im Jahr durch die USA und auch durch Europa. Die Auftritte werden von Fans organisiert und beworben, und er spielt dort vor einem Dutzend oder auch hunderten von Zuhörern.

Wenn die Vertreter der Musikindustrie nun also behaupten, sie bräuchten längere Schutzfristen, um neuen Künstlern einen Auftritt am Markt zu ermöglichen, so ist das schlicht und ergreifend gelogen. Das Urheberrecht sorgt weder dafür, dass aus erfolglosen Musikern erfolgreiche werden, noch garantiert es irgendwelche Einkommen oder Aufmerksamkeit durch potentielle Kunden. Es ist in weiten Teilen eine künstliche Verknappung des Kulturguts Musik zum Vorteil einer weniger, die sich nicht mal zu schade sind Fans zu verklagen, die ihren Idolen zu mehr Reichweite verhelfen wollen und dafür Fanvideos erstellen oder Werke in Tauschbörsen anbieten. Auf der anderen Seite ist auch bei der Musikindustrie längst bekannt, dass als “Piraten” verunglimpfte Fans zu den besten Kunden gehören. Unlängst gab sogar ein ehemaliger EMI-Manager zu, dass dies durch interne Studien belegt sei.

Der Autor Christian Hufgard veröffentlichte diesen Beitrag zuerst in seinem Blog <http://musik.klarmachen-zum-aendern.de>

<http://flaschenpost.piratenpartei.de/>

Impressum

Redakteure der Flaschenpost:

Michael Renner, Andreas Heimann, Patrick Ratzmann,
Tobias M. Eckrich, Manele Roser, Martin Waibl, Max Brauer,
Daniel Ebbert, Thomas Herzog, Gefion Thürmer

Feedback? Bitte an redaktion@flaschenpost.piratenpartei.de

Für diesen Newsletter ist verantwortlich die
Piratenpartei Deutschland vertreten durch Gefion Thürmer
Pflugstrasse 9a - 10115 Berlin
E-Mail: geschaeftsstelle@piratenpartei.de - Fax: 030/27596805